

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

27.4.1929 (No. 98)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Postfach
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 M. ... Einzelnummer 10 Pf. ...

\* Staatsminister a. D.
Freiherr von Bodman †

Aus Freiburg i. Br. kommt die schmerzliche Kunde,
dass der letzte großherzogliche Staatsminister Heinrich
Freiherr von und zu Bodman im 79. Jahre seines
Lebens gestorben ist.

Wir dürfen auch heute, an seiner Totenbahre, das wie-
derholen, was wir seinerzeit, an seinem 70. Geburtstag,
in unserer Nummer vom 22. Januar 1921 geschrieben
haben: „Wenn Heinrich von Bodman auch im wesent-
lichen als ein Mann des alten Systems zu gelten hat, so
doch gleichzeitig als einer der systematischsten und be-
fähigsten. Ja, wir behaupten, daß Bodman bei seiner, das
gewöhnliche Maß weit überragenden staatsmännischen
Begabung noch viel glänzendere Leistungen hätte vollbrin-
gen können, wenn eben dieses System nicht gewesen wäre.
Zunächst Bodmans dessen Opfer geworden ist, wird
die ernsthafteste Gesichtsschreibung später auseinanderset-
zen haben. Die notwendige Klarheit und geistige Bedeutung
besteht aber heute schon. Und ebensowenig wird über
seine menschlichen Eigenschaften gestritten werden können.
Hier gibt es natürlich manches, was uns menschlich,
allzu menschlich berührt. Bei welcher Persönlichkeit der
Geschichte wäre das aber nicht der Fall? Die Haupt-
sache ist und bleibt auch hier, daß er überhaupt eine Per-
sönlichkeit war! Und das war er allerdings mit allen
jenen Reizen, die eben nur einer solchen eigen zu sein
pflegen. Am höchsten stellen wir seine launere, tief aus
dem Herzen kommende Vaterlandsliebe, eine Liebe, die
sich jeder Diskussion entzieht und auch heute noch allen
Parteien als Beispiel dienen kann. Aus dieser echten Va-
terlandsliebe erwuchs sein starkes und ausgeprägtes
soziales Gefühl.

Und es ist bezeichnend für den ganzen Mann, daß er
auch nach dem Sturz des alten Regimes sich nicht etwa
großend oder gehässig opponierend zurückzog, sondern
dem neuen badischen Staat wertvolle Dienste leistete.“

Hat die Redaktion der „Karlsruher Zeitung“ damals
dem Minister ihre besonders herzlichen Glückwünsche aus-
gesprochen, so hat sie jetzt alle Veranlassung, bei seinem
Tode seiner in besonders schmerzlicher Trauer zu geden-
ken. Bestanden doch zwischen dem Minister und der Re-
daktion die denkbar engsten Beziehungen, und erfreute
sich doch der leitende Redakteur der „Karlsruher Zeitung“
bei dem Minister eines Vertrauens, das über das übliche
hinausging. Es war stets ein hoher, geistiger Genuß,
mit Herrn von Bodman zusammenzuarbeiten. Sein rei-
ches Wissen und seine glänzende Intuition erschöpfte sich
keineswegs nur im Politischen, sondern sie betätigte sich
ebenso sehr auf allen Gebieten der Kultur.

Das Wesen der Presse hat der verstorbene Minister
begriffen, wie nur ganz wenige Staatsmänner seiner
Zeit. Sein Streben war es vielmehr, anzuregen und sich
aufregen zu lassen, als nur zu beeinflussen. Wie er über-
haupt ein offenes Wort und eine wohlbegründete Mei-
nung auch dann zu schätzen wußte, wenn sie nicht mit sei-
nen Gedankengängen völlig übereinstimmen wollte. Bod-
man hatte in mancher Hinsicht etwas von dem alten Fon-
tane, dem großen deutschen Romanschriftsteller an sich,
der im Herzen immer jung blieb und die Wöte seiner
Zeit auch noch mit 60 Jahren genau so gut begriff, wie
in den Zeiten der eigenen Jugend.

Über eines ist Bodman allerdings nicht hinausgelangt,
und das ist jene spezifisch militärische Einstellung, wie
sie nun einmal all den deutschen Patrioten eigen war,
die selber noch den Krieg 1870/71 miterlebt haben. Zim-
merlin war Bodman klug und einsichtsvoll genug, um
gegen Ende des Krieges die Reformbedürftigkeit gewisser
Erscheinungen zuzugeben. Nur so ist es ihm möglich ge-
worden, jene historische Vermittlerrolle bei dem Über-
gang vom alten monarchistischen Obrigkeitsstaat zum
neuen, republikanischen Staat zu spielen.

Die Bevölkerung unseres Landes wird sicherlich ohne
Unterschied der Partei dem jetzt dahingegangenen Staats-

Letzte Nachrichten
Die Pariser Besprechungen
Verständigungshoffnungen

WZ. Paris, 27. April. (Tel.) Der „New York Herald“
stellt fest, daß in den letzten 24 Stunden in Konferenzkreisen
der Optimismus betreffend die Möglichkeit einer Ver-
ständigung über die Höhe und Anzahl der deutschen An-
nuitäten etwas gestiegen sei. Freilich sei es noch ein lan-
ger Weg bis dahin, und eine Reihe von Hindernissen müßte
beseitigt werden. Die optimistischere Stimmung werde eher
als das Ergebnis einer entgegenkommenden Haltung der Kon-
ferenzmitglieder angesehen denn als Ergebnis irgendwelcher
neuer Vorschläge. Die Privatbesprechungen mit der Hoffnung,
zu einer Verständigung über die Annuitäten zu gelangen, wür-
den fortgesetzt. Der amerikanische Delegierte Morgan, der
während der letzten Woche eine Fahrt im Atlantischen Meer
unternommen hatte, werde heute vormittag wieder in Paris
eintreffen.

Unterzeichnung des kontinentalen Farben-
abkommens

DJ. Basel, 27. April. (Tel.) Heute fand hier die Unter-
zeichnung des Abkommens über die Stabilisierung und Kon-
solidierung des Farbensystems zwischen den wichtigsten che-
mischen Gesellschaften statt. Unterzeichnet wurde dieses Abkom-
men von Vertretern der I. G. Farben, den Vertretern der
französischen Gesellschaften Stabilisements Kuhlmann und
Société des Matières Colorantes und Schweizerseits von
Vertretern der J. S. Chemie Basel, Chem. Fabrik vorm. San-
dos und Gesellschaft für chemische Industrie J. N. Geigy & Co.
Über den Inhalt dieser Verträge wurden keine Mitteilun-
gen gemacht, dagegen wurde berichtet, daß mit ihnen keine
Zustimmung oder Kapitalverschlechterung bezweckt wird. Der
Hauptzweck bildet die Verhinderung des unünftigen Preis-
kampfes auf dem Farbensystem. Dieses Abkommen beschließt
Verhandlungen, die fast fünf Jahre mit großer Ausdauer ge-
führt worden sind. Außerdem bedeutet es den Ausgangs-
punkt für neue Verhandlungen mit den englischen Farben-
industriellen und voraussichtlich auch mit den chemischen Gesell-
schaften der Vereinigten Staaten, welchen Schluß man auch
auf die Reise von Professor Bosh von der I. G. Farben- & Co.
nach Nordamerika ziehen kann.

minister mit dem Gefühl aufrichtiger Trauer jene Dank-
barkeit bezugen, auf die er so begründeten Anspruch hat,
und an welcher die Latente parteipolitische Kämpfe in
früheren Jahren wohl kaum etwas ändern kann.

Wir geben hier die wichtigsten Daten aus dem Leben des
verstorbenen Staatsministers wieder:

Freiherr von und zu Bodman wurde am 21. Januar 1851
zu Freiburg i. Br. geboren. Er besuchte das Berthold-Gym-
nasium seiner Vaterstadt und bezog 1869 die Universität Frei-
burg. Er studierte zunächst Medizin. Altes war er bei der
Freiburger Burschenschaft Teutonia. Den Krieg 1870/71 machte
von Bodman als Kriegsfreiwilliger mit. Nach dem Kriege
studierte er Rechts- und Naturwissenschaften an den Uni-
versitäten Freiburg, Berlin und Heidelberg, wo er 1873 sein
Rechtspraktikantenehmen machte. 1876 wurde er Referendar
und Hofjunker, 1877 Sekretär beim Ministerium des Innern,
1878 Amtmann in Baden-Baden, 1883 kam er in gleicher
Eigenschaft nach Karlsruhe und wurde dort zum Kammer-
junker ernannt. 1874 wurde er Oberamtmann, 1888 wurde er
zur Übernahme der Stelle eines kommissarischen Hilfsarbeiters
beim Reichsversicherungsamt beurlaubt, in diesem Jahre
wurde er auch zum Regierungsrat ernannt. 1889 trat er in
den Reichsdienst über, unter Ernennung zum kaiserlichen Re-
gierungsrat.

In diesem Jahre verheiratete sich Freiherr von Bodman mit
Anni Steinway-Daks, New York. 1890 wurde er Kammerherr
und trat 1891 als Ministerialrat in Ministerium des Innern
wieder in den badischen Staatsdienst über. 1896 wurde er
Amtsvorstand, 1898 Geheimrat, 1899 wurde er
zum Landeskommissar für die Kreise Konstanz, Wilingen
und Waldshut ernannt. 1904 wurde Freiherr von Bodman
unter Verleihung des Titels und Ranges eines Ministerial-
direktors und Geheimen Rats II. Klasse, stellvertretender Be-
vollmächtigter zum Bundesrat des Reiches. 1906 wurde er Di-
rektor des Badischen Wasser- und Straßenbauamtes. Im glei-
chen Jahre starb seine Frau nach 16jähriger kinderloser Ehe.
1907 wurde Bodman Präsident des Ministeriums des Innern
und Wirklicher Geheimrat, 1908 Minister und 1910 wieder
stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat des Reiches.
Nach dem Rücktritt des Freiherrn von Dusch wurde von Bod-
man 1917 Staatsminister (Ministerpräsident). Sein Rücktritt
erfolgte mit der Revolution 1918. Seiner staatsmännischen
Geschicklichkeit ist es zu verdanken, daß sich der Übergang vom
alten zum neuen System in Baden reibungslos vollzog. Frei-
herr von Bodman fand der Nationalliberalen Partei nahe.
Nach der Revolution schloß er sich der Demokratischen Partei
an. Politisch ist er nicht mehr hervorgetreten. 1926 zog er sich
aus der Demokratischen Partei zurück. Seinen Lebensabend
hat Freiherr von Bodman in seiner Vaterstadt Freiburg ver-
bracht.

\* Das Ringen in Paris

Die französische Presse und mit ihr die Pariser Ban-
ken haben in den letzten Tagen alles versucht, um Deutsch-
land auf die Knie niederzuzwingen, um uns für die An-
nahme der Forderungen der Gläubigerstaaten mürbe zu
machen. Dabei ist mit Mitteln gearbeitet worden, die ge-
wis nicht immer schön und anständig waren. Doch wol-
len wir uns bei einer moralischen Beurteilung nicht weiter
aufhalten. Da nun einmal — und sicherlich mit Recht —
die öffentliche Meinung in Frankreich in dem deut-
schen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, dem Führer der
deutschen Delegation, den gefährlichsten Vertreter des
deutschen Standpunktes erblickt, hat sie eben alles getan,
um diesen Mann zu Fall zu bringen. Erreicht hat sie mit
ihrer Schimpf- und Verdächtigungskampagne nichts.

Daneben hat die Pariser Presse noch eine andere Tak-
tik befolgt, nämlich die, schon jetzt der deutschen Dele-
gation die Verantwortung für das mutmaßliche Schei-
tern der Konferenz zuzuschreiben. Sie wird auch damit
kein Glück haben. Kein vernünftiger Mensch in der gan-
zen Welt wird ihr glauben, wenn sie immer wieder er-
klärt, Deutschland täusche eine wirtschaftliche Krise und
eine Notlage vor, die gar nicht bestehen, und wenn sie
weiter behauptet, der Reichsbankpräsident Dr. Schacht habe
eine Reichsbankpolitik getrieben, die offenkundig darauf
abziele, falsche, d. h. viel zu ungünstige Eindrücke von
der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage zu erwecken.

Noch einen weiteren Versuch hat man in Paris gemacht,
um uns einzuschüchtern: man hat in der gesamten Pa-
riser Presse, offenbar auf höheres Kommando hin, die
Behauptung aufgestellt, daß die französischen Privatgläu-
biger jetzt ihre Ansprüche aus Deutschland zurückziehen
würden, und daß ein solches Vorgehen den Bankrott
Deutschlands herbeiführen könne. Diese Aktion war so
ziemlich das Torichteste, was man sich leisten konnte. Denn
an einem Bankrott Deutschlands hat doch gerade Frank-
reich wahrlich kein Interesse. Und zudem würde ein sol-
cher Bankrott die pessimistische Auffassung von Deutsch-
lands Notlage noch nachträglich als richtig bestätigen.
Denn selbstverständlich ist eine leidlich gesunde Wirtschaft
durch eine bloße bankpolitische Kampagne nicht ohne wei-
teres über den Haufen zu werfen.

Bezeichnenderweise ist aber der Schuß nach hinten los-
gegangen. Wie deutscherseits amtlich festgestellt wurde,
ist von einer ernsthaften Zurückziehung ausländischer
Kredite bei uns gar nichts zu spüren, und die Erhöhung
des Reichsbankdiskonts wird dem noch extra entgegen-
wirken. Die erhofften Kursstürze an der Börse, die er-
hoffte Börsenpanik ist auch nicht in Berlin eingetreten,
sondern in Paris selbst: die Pariser Börse hat einen
schwarzen Tag erlebt, wie er schlimmer kaum gedacht wer-
den kann.

Die Folge war die, daß man wenigstens in der Ton-
art einzulernen begann. Neue Verhandlungen vertrau-
licher Art haben begonnen, allerdings wohl weniger zwi-
schen den Vertretern der französischen Delegation und
Dr. Schacht, der mit Zug und Recht darauf hinweisen
kann, daß Besprechungen mit den französischen Sachver-
ständigen für ihn keinen Zweck haben, solange die öffent-
liche Meinung in Paris bei einer so häßlichen und ag-
gressiven Haltung beharrt. Die Besprechungen haben vor
allem zwischen dem Vorsitzenden der Reparationskom-
mission, dem Amerikaner Young, und Herrn Schacht
stattgefunden.

Ob noch irgendwelche Aussichten auf eine Einigung
bestehen, ist sehr schwer zu sagen. London hat erfreu-
licherweise in den letzten Tagen eine bemerkenswerte
Kaltblütigkeit bekundet. Und wenn es zum Scheitern
der Konferenz kommt, wird das einzig und allein die
Schuld Frankreichs sein.

Die Nachricht, daß man ein Provisorium vorschlagen
wolle mit deutschen Annuitäten in der Höhe von 1,75
Milliarden auf 10 bis 15 Jahre, ist inzwischen demen-
tiert worden. Die Möglichkeit, daß ein solcher Vorschlag
doch noch allen Ernstes gemacht wird, besteht aber schließ-
lich immer noch.

In erster Linie dreht sich der Streit immer noch um
die Höhe der Annuitäten. Wenn man bei einer Beur-
teilung dieses Ringens Deutschland überhaupt einen Vor-
wurf machen kann, so könnte es höchstens der Vorwurf
sein, daß wir immer noch viel zu zahlungswillig gewesen
sind, daß wir noch immer mit einer viel zu großen Be-
reitwilligkeit und Anständigkeit Verpflichtungen bejahen,
die heute längst der Bearbeitung entbehren. In Wahr-

heit ist die Situation doch so, daß auch schon der zehnte Teil der von uns angebotenen Annuität zu hoch ist, zu hoch für uns, weil wir ja gar nicht in der Lage sind, einen solchen Betrag aus unserer eigenen Produktion herauszuwirtschaften, und zu hoch für die Gläubigerstaaten, weil sie ja die Gelder gar nicht mehr dringend gebrauchen. Halten wir doch immer die Tatsache fest, daß Deutschland eine passive Handelsbilanz hat und seine Schulden mit der Hilfe ausländischer Kredite und aus der eigenen Substanz bezahlt, während die Gläubigerstaaten, voran Frankreich, eine aktive Handelsbilanz aufweisen und nicht nur nicht auswärtiges Geld pumpen, sondern sogar schon wieder eigenes Geld in Milliardenhöhe außerhalb ihres Landes anlegen.

Unmittelbar nach dem Kriege konnte es so aussehen, als ob die Gläubigerstaaten wirklich auf unsere Zahlungen angewiesen seien. Der damalige Eindruck ist inzwischen durch die Tatsachen berichtigt worden: Frankreich geht es finanziell und wirtschaftlich ganz ausgezeichnet, und es könnte aus eigenen Mitteln, zumal bei einer vernünftigen Rüstungspolitik, seine Schulden an Amerika glatt bezahlen, wenn man nicht auch auf dieses Schuldnerverhältnis die Erkenntnis praktisch anwenden will, daß ein Land, welches so im Überflusse schwimmt wie Nordamerika, seinen Schuldnern ruhig entgegenkommen könnte.

So wie wir es hier eben ausgesprochen haben, sieht die Situation in Wahrheit aus. Ist sie so, dann stellt ein deutsches Angebot von 1,65 Milliarden Annuität auf 37 Jahre hinaus unter Beibehaltung eines, wenn auch etwas beschränkten Transfereszinses eine Zahlungswilligkeit dar, über die die Gläubigerstaaten einfach entzückt sein sollten. Schon die nächsten Tage — am Montag ist wieder eine Sitzung des Redaktionsausschusses der Konferenz — wird sich zeigen, ob die Gegenseite gewillt ist, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen oder nicht.

### Aus dem Reichstag

Die Anleiheermächtigung — Die deutsche Sozialversicherung — Die Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung

Im Reichstag wurde am Freitag zunächst die Vorlage auf Erhöhung der Anleiheermächtigung der Regierung um 200 Millionen in dritter Lesung endgültig angenommen. Die dazu von der Christlichnationalen Bauernpartei eingebrachten Entschließungen auf Kürzung der Beamtengehälter und der Diäten der Reichstagsabgeordneten wurden dem Haushaltsausschuss und dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums nahm Reichsarbeitsminister Wiffell das Wort, um in einer längeren Rede den Fortschritten auf dem Gebiet der Sozialversicherung entgegenzutreten.

Er verwies darauf, daß auch die deutschnationalen Arbeitnehmerkreise mit aller Entschiedenheit an dem bewährten System der deutschen Sozialversicherung festhielten. Die Sozialversicherung sei ein notwendiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft, die ja nicht nur mit Gütern, sondern auch mit Menschen zu tun habe. Der Minister wandte sich dann gegen die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts, die in einem bestimmten Falle die Wertvereine als tariffähig anerkannt habe. Diese Entscheidung widerspreche dem Grundsatz, daß tariffähig nur wirklich unabhängige Gewerkschaften sein könnten. Auch das Urteil des Reichsarbeitsgerichts hinsichtlich der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches in der nordwestdeutschen Metallarbeiterausperrung wurde vom Minister als sehr bedenklich bezeichnet. Er kündigte eine eingehende Denkschrift über das Schlichtungswesen an, die dem Reichstag demnächst zugehen werde.

Weiter beschäftigte sich Minister Wiffell mit dem gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung. Eine von der Reichsanstalt eingesetzte Kommission sei mit der Aufhebung und Abstellung der bestehenden Mängel beschäftigt. Es werde auch an dem Ausbau der Arbeitsvermittlung besonders in der Landwirtschaft gearbeitet, und das Arbeitsministerium sei gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium bemüht, durch eine zweckmäßige Verteilung der öffentlichen Aufträge einen Ausgleich herbeizuführen.

Die Redner des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten erklärten sich mit der Sozialpolitik des Arbeitsministeriums einverstanden. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei lehnte dabei eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder zu anderen sozialen Versicherungen ab. Von den Kommunisten wurden die üblichen Angriffe gegen die Politik des Arbeitsministeriums vorgebracht.

Am heutigen Samstag, 1 Uhr, wurde die Beratung fortgesetzt.

### Baldwin bereitet ein neues Kabinett vor

W.L.W. London, 27. April. (Tel.) Wie „Daily Telegraph“ erfährt, hat Baldwin, da er mit einem Sieg der Konservativen bei den kommenden Wahlen rechnen zu können glaubt, sich bereits mit der Frage der Umbildung des Kabinetts beschäftigt. Die Verteilung der wichtigsten Portefeuilles soll dem Blatt zufolge bereits geregelt sein. Chamberlain wird noch weitere zwei Jahre als Staatssekretär des Auswärtigen tätig sein. Wie verlautet, hat Baldwin den Wunsch, daß dann der derzeitige Vizeregierung von Indien, Lord Irwin, sein Nachfolger wird. Lord Irwins Amtszeit als Vizeregierung läuft im Jahre 1931 ab. Er wird jedoch im Laufe dieses Sommers zu einem Besuch nach England kommen, um mit den Mitgliedern der Regierung Rührung zu nehmen.

### Reservistenkundgebung in Frankreich

W.L.W. Paris, 27. April. (Tel.) Die kommunistische „Gumant“ behauptet, im Reservistenlager von Oberhoffen herrsche seit einigen Tagen große Erregung sowohl wegen der Reservistenübungen an sich, als auch wegen der schlechten Behandlung und Ernährungs. Am 23. April hätten die Reservisten des 31. Dragonerregiments manifestiert und einen Vorgesetzten sogar tödlich angegriffen. Nach dem Blatt sind sechs der Manifestanten festgenommen und ins Militärgefängnis von Sagenau eingeliefert worden.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über Erhöhung der Anleiheermächtigung um rund 200 Millionen angenommen.

Die Lohnfrage der Reichs- und Staatsarbeiter. Dem „Deutschen“ zufolge sollen auf Grund des von der Zentrumsfaktion im Reichstagen Landtag eingebrachten Antrages am Montag Verhandlungen in der Lohnfrage der Reichs- und Staatsarbeiter zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung stattfinden.

### Die Lage am Devisenmarkt

#### Unbegründete Beunruhigung

Trotz der Tatsache, daß die deutsche Währung durch Reichsbankgesetz und Transfereszins als absolut gesichert gelten muß, verursachen auf dem Devisenmarkt am Freitag inländische Angstverkäufe und auch ausländische Markterkäufe (auf französische Rechnung) weitere Beunruhigung. Die Devisenabgaben der Reichsbank am Freitag werden auf 5 Mill. Dollar geschätzt. Auch an der Börse war die Beunruhigung erheblich. Man befürchtet — wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin meldet —, daß die Reichsbank angesichts ihrer stark reduzierten Gold- und Devisenbestände bei einer Fortdauer der jetzigen Situation zu einer neuen Diskonterhöhung gezwungen sein könnte oder vielleicht sogar zu einer Wechselrestriktion, um die bisher erfolgte Bezahlung der Devisenablässe durch Neueinreichung von Wechseln zu verhindern. Demgegenüber kann nur immer wieder betont werden, daß zu einer Vertrauenskrise nicht der geringste Anlaß besteht, und daß die Währung in jeder Situation keinerlei Erschütterung unterliegen kann.

Es ist vielleicht am bezeichnendsten, daß die einseitigen Finanzkrisen des Auslandes, soweit sie nicht politisch beeinflusst sind, in ihrem Vertrauen zu der deutschen Entwicklung nicht im geringsten schwanken. Nicht nur, daß keine größeren Abziehungen von Auslandsgeldern bisher zu beobachten waren, es laufen sogar fortgesetzt in ansehnlichem Umfang neue Offerten von Auslandsgeld ein. Weiter darf nicht vergessen werden, daß die Auslandskonten der Banken stärker denn je sind. Auch die Stellung der Reichsbank wird nicht genügend gewürdigt. Erst wenn die gefühlte Notendruck von 40 Proz. erreicht sein würde, was vorläufig noch lange nicht der Fall ist, könnte das Institut zunächst einmal auf den Vereinstafelkredit der Golddiskontbank von 50 Mill. Dollar zurückgreifen, ganz abgesehen davon, daß gegebenenfalls die internationalen Notenbanken ihm sicherlich einen Devisenkredit in jeder Höhe einräumen würden.

Zu fordern bleibt aber weiter eine offizielle Erklärung des Reparationskomitees, daß er seine Devisenläufe reiflos fixiert, bis am Devisenmarkt eine Beruhigung und ein deutlicher Umschwung eingetreten ist, denn, wie man hört, hat der Agent seine Käufe immer noch nicht völlig eingestellt.

An anderer Stelle schreibt die „Frankf. Ztg.“: Es ist doch so leicht, heute darzutun, daß wir es mit einem epizotischen Vorgang und nicht mit einem organischen Fehler in der Währung und Währungsbehandlung zu tun haben. Ähnliche Ergebnisse haben wir schon ein- oder zweimal mit der Reichsmark erlebt; grundlos wie die Entwicklung zeigte. Einiges Prozent Aufgeld waren da und vergingen wieder. Natürlich ist die Möglichkeit einer allgemeinen wirtschaftlichen (nicht währungsmäßigen) Zuspitzung diesmal größer.

### Die ausgebildeten Reservisten

#### Nachgeben Amerikas

Auf der Genfer Abrüstungskonferenz gab der amerikanische Delegierte Gibson am Freitag eine Erklärung ab, die eine vollständige Preisgabe des bisherigen amerikanischen Standpunktes zur Frage der ausgebildeten Reservisten bildete. Bisher sei Amerika auf dem Standpunkt gestanden, daß die ausgebildeten Reservisten in den Rüstungsabbau einbezogen werden müßten. Es sei auch heute noch Auffassung der amerikanischen Regierung, daß Rigor und Billigkeit dafür sprächen, weil es keinen Zweifel darüber geben könne, daß Länder mit unbeschränkt ausgebildeten Reservisten vor Ländern ohne solche sich in einem starken Vorteil befänden. Wenn aber die beiden in dieser fundamentalen Frage stark einander gegenüberstehenden Parteien jede auf ihrem Standpunkt weiter beharren, so könne keine Verständigung erzielt werden, und darum sei die amerikanische Delegation bereit, eine große Konzession zu machen in der Hoffnung und Erwartung, daß die anderen Delegationen ihrerseits ebenfalls nachgeben werden. In diesem Geiste erklärte die amerikanische Delegation, sich in der Frage der ausgebildeten Reservisten auf die Seite der Mehrheit der daran hauptsächlich interessierten Staaten zu stellen.

Der französische und der japanische Delegierte sprachen ihre Genehmigung über die amerikanische Erklärung aus.

Man sieht nun mit der größten Spannung dem Verlauf der heutigen Sitzung entgegen. Die zu erwartenden Erklärungen dürften allerdings ebenso wenig wie die bereits heute von Frankreich und Japan erteilten Antworten, irgendwelchen Aufschluß über die Art der Konzessionen bringen, zu denen Gibson die Länder aufgefordert hat, deren militärisches Hauptinteresse an der Abrüstungsfrage an den Landstreitkräften liegt. Solange über die Art der Konzessionen nichts bekannt ist, die die europäischen Landmächte zu machen bereit sind, lassen sich noch keine Schlussfolgerungen ziehen. Man darf annehmen, daß diese Auffassung in der heutigen Sitzung nicht nur von Graf Bernstorff zum Ausdruck gebracht werden wird, der bei dieser Gelegenheit unter Aufrechterhaltung der deutschen Forderung nach Einbeziehung der ausgebildeten Reservisten als entscheidenden Faktor den deutschen Standpunkt und die deutschen Vorschläge zur Herabsetzung der Effektivbestände eingehend begründen wird.

#### Die deutschen Erklärungen

W.L.W. Genf, 27. April. (Tel.) Zur Frage der Herabsetzung der Effektivbestände begründete heute vormittag Graf Bernstorff den bekannten deutschen Standpunkt über die Notwendigkeit der Einbeziehung der ausgebildeten Reservisten. Bezugsnehmend auf die getrigte Erklärung des amerikanischen Hauptdelegierten Gibson sagte er, daß es sehr zur Klärung der Lage beitragen würde, wenn die Delegierten, die sich zu Konzessionen bereit erklärt haben, möglichst bald sich darüber äußern würden, auf welchem Gebiete sie etwa Konzessionen zu gewähren geneigt sind. Auch er sei der Ansicht, daß eine Abrüstungskonvention nur bei gegenseitigem Entgegenkommen in denjenigen Punkten, in denen Meinungsverschiedenheiten bestehen, zustandekommen kann. Eine Abrüstungskonvention kann aber nur in Betracht gezogen werden, wenn sie eine fühlbare Herabsetzung der Rüstungen bringt. Es wäre wohl kaum möglich, eine fühlbare Herabsetzung bei den Seerüstungen durchzuführen, bei den Rüstungen zu Lande aber alles beim Alten zu lassen. Für uns kommt es nur darauf an, ob die anderen, an den Landrüstungen interessierten Staaten bereit sind, in Ausführung der Verträge und des Völkerbundespatentes eine fühlbare Herabsetzung der Rüstungen ins Auge zu fassen.

Das Brauntweinmonopol. Im Steueraussschuß des Reichstages brachten am Freitag die Regierungsparteien einen Kompromißantrag ein, der den Wünschen des Zentrums gerecht werden sollte. Dieser Antrag sieht Sonderzuschläge von mindestens 50 Proz. für den Abnahmepreis des ablieferungsfähigen Brauntweins und eine Steuerbegünstigung von 45 Proz. für den nicht ablieferungsfähigen Edelbrauntwein vor. Zentrum und Bayerische Volkspartei waren jedoch von diesem Antrag nicht voll befriedigt und verlangten die volle bisherige Steuerbegünstigung von 95 Proz. Einen ähnlichen Antrag brachten auch die Deutschnationalen ein.

### Anlagepflicht für Sparkassengelder

Zur Milderung der schwierigen Kassenlage des Reiches denkt man, wie das „N. Z.“ mitteilt, in parlamentarischen Kreisen an einen Gesetzentwurf, der die Sparkassen und andere öffentliche Geldinstitute verpflichten soll, einen Teil ihrer Gelder in Anleihen des Reiches und der Länder anzulegen. Unter diese Anlagepflicht würden auch die Vorzugsaktien der Reichsbahn fallen, die bei dieser Gelegenheit in einem recht umfassenden Umfang mobilisiert werden dürften. Jedoch soll in irgend-einer Form dafür Vorsorge getroffen werden, daß das Stimmrecht dem Reich verbleibt.

### Neuwahlen in Württemberg?

Das Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, das den Artikel 20 Absatz 2 des württembergischen Landtagswahlgesetzes vom 4. April 1924 als verfassungswidrig erklärt hat, liegt jetzt nach einer Stuttgarter Meldung des „N. Z.“ in der schriftlichen Begründung vor. Das Urteil umfaßt 20 Seiten. Aber eine Neuwahl oder eine Neuverteilung der Landtagsmandate ist in ihm nichts gesagt. Es ist daher Sache des württembergischen Staatsgerichtshofes, das Urteil im einzelnen auszuliegen und über die wichtige Frage, ob Neuwahlen stattfinden oder ob die Landtagsmandate nur neu verteilt werden sollen, zu entscheiden.

### Angebliche Staatskreidpläne in Rumänien

Das Bukarester Blatt „Adeveral“ veröffentlicht sensationelle Enthüllungen über die Absicht gewisser rumänischer Militärs, in Rumänien einen Staatsstreich durchzuführen und eine Diktatur, ähnlich wie in Südspanien, zu proklamieren. Diese Absicht wird damit begründet, daß die Bauernregierung Maniu für die Verteidigung der Landesinteressen zu schwach sei, und daß auch der Regentstiftsrat seinen Aufgaben nicht gewachsen wäre. In Regierungskreisen werde — dem Blatt zufolge — diese Bewegung mit einer gewissen Sorge betrachtet, doch hoffe man, sie unterdrücken zu können, da die Regierung überzeugt ist, in der Verteidigung der Verfassung und der Demokratie auf die Unterstützung des ganzen Landes rechnen zu können. Auch die liberalen Kreise sollen bereit sein, der Regierung im Kampf gegen die Militärdiktatur beizustehen.

Holz und der 1. Mai. Der Polizeipräsident der freien Stadt Danzig hat die Teilnahme des Kommunistenführers Max Holz an einer von den Kommunisten am 1. Mai in Danzig geplanten Kundgebung verboten. Falls Max Holz in Danzig Staatsgebiet einzeln wollte, würde er von der Polizei über die Grenze abgeführt werden, und jede Versammlung, an der Max Holz teilnehmen würde, würde von der Polizei aufgelöst werden.

### Kurze Nachrichten

Auffindung eines Gewehrermunitionslagers. Die Chemiker Polizei hat im Hauptgebäude des Konsumvereins im benachbarten Limbach ein größeres Lager von Gewehrermunition entdeckt und beschlagnahmt. Die Munition hat anscheinend schon längere Zeit an der Fundstelle gelagert.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei. Am Freitagabend veranstalteten die Kommunisten in Großberlin zahlreiche Versammlungen. Wiederholt mußte die Polizei einschreiten, da die Versammlungsteilnehmer Unzige zu veranstalten versuchten. Insgesamt wurden bis gegen Mitternacht 83 Personen festgenommen und der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums zugeführt.

Ein neuer Kanzlerkandidat in Österreich. Die Christlich-sozialen Partei hat sich nun entschlossen, den Abgeordneten Ernst Streeruwitz zum Bundeskanzler vorzuschlagen. Streeruwitz ist Industrieller; er gehört der Direktion der Neunkirchner Papierfabrikgesellschaft an.

Das Zahlenverhältnis der Unterseebootsflotten. Im egyptischen Unterhaus erklärte der Erste Lord der Admiralität auf eine Anfrage, das gegenwärtige Verhältnis der im Dienst befindlichen Unterseeboote aller Typen sei das folgende: Britisches Reich 50, Vereinigte Staaten 122, Frankreich 52, Italien 43.

Die Ausbildung polnischer Marineoffiziere in Frankreich. Sawas berichtet aus Toulon, daß dort der Chef der polnischen Kriegsmarine, Kapitän zur See Swirski, angekommen ist, um die Vorbereitungen für die Ausbildung polnischer Marineoffiziere in den französischen Marineschulen und an Bord von französischen Kriegsschiffen zu besprechen.

Die Textilarbeiter in Bombay sind in den Streik getreten. Von 84 Spinnereien liegen 38 still. Etwa 100 000 Arbeiter sind betroffen.

### Kleine Chronik

Das furchtbare Explosionsunglück in der Max-Meißliffabrik in Nürnberg ist anscheinend durch eine Explosion oder spontane Entzündung des zum Überziehen der Weistifte benutzten Laedes herbeigeführt worden. Der Laed wird im Spritzverfahren aufgetragen. Er scheint sich durch Funken einer elektrischen Bohrmaschine entzündet zu haben. Das Feuer fand an den vielen Laufenden von fertigen Weistiffen und an den Laedvorräten reiche Nahrung und verbreitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit. Infolge des Unglücks bleibt die Fabrik bis auf weiteres geschlossen.

In Welsenskirchen wurden die beiden Hauptinhaber des Kugel-Rothmann-Kongers wegen Verdachts des Betruges und des Konkursverbrechens festgenommen.

Freitagabend haben unbekannte Täter auf der Eisenbahnstrecke Braunschweig-Blomhagen-Celle zwischen Watenbüttel und Glesmarode eine etwa 4 Meter lange Eisenbahnstrecke auf den linken Strang gelegt, so daß von dem um 21.26 Uhr in Watenbüttel abfahrenden Personenzug der hinter dem Packwagen folgende erste Personenvagen entgleiste. Personen sind nicht verletzt.

Eine 13jährige Schülerin, die am Freitag von ihrem Schutgang nicht zurückkehrte, wurde in der Kabine der Reine-Wade-Anstalt bei Hannover tot aufgefunden. An dem Kinde ist ein Selbstmordverbrechen verübt worden. Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden.

In der Erziehungsanstalt in Dresden-Leuben merkelten Jüglinge. Sie sangen politische Lieder, warfen sämtliche Gegenstände im Schlafraum durcheinander und setzten einen Strohsack und Bettfedern vorzüglich in Brand. Neun von den Jüglingen sind vorläufig festgenommen worden.

Das englische Armeegroßflugzeug, das wie gemeldet von London nach Indien abgeflogen ist, um den Weltlangstreckenrekord zu brechen, ist nach ununterbrochenem 50 1/2 stündigem Flug in Karachi (Indien) gelandet. Es hat ungefähre 4130 engl. Meilen (6293 Kilometer) zurückgelegt und den Langstreckenrekord nicht gebrochen.